Fakten und Argumente



NEIN zu neuen AKW

Am 28. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über den Bau neuer AKW ab. Neue AKW hätten gravierende Folgen: Ein Reaktorunfall würde weite Teile der Schweiz unbewohnbar machen. Trotzdem soll mit dem Atom-Gesetz der Bau neuer Atomkraftwerke wieder möglich werden. Dabei brauchen wir sie gar nicht: Sonne, Wind und Wasser sichern unsere Stromversorgung günstiger und viel schneller. Neue AKW hingegen verschlingen Milliarden und machen uns abhängig von Uran aus Russland. Neue AKW sind ein unnötiges Risiko. Deshalb braucht es ein klares **NEIN zum Atom-Gesetz am 28. Februar.**

Vorwort

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich 2017 deutlich für die Energiestrategie 2050 ausgesprochen und damit den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Der Neubau von AKW ist seitdem in der Schweiz verboten. Damit ist die Schweiz sehr gut unterwegs: Die Erneuerbaren werden in der gesamten Schweiz rasant zugebaut und liefern schon heute so viel Winterstrom wie das AKW Gösgen.
Die Atomenergie hingegen ist heute nach wie vor so gefährlich wie zu den Zeiten von Fukushima und Tschernobyl – auch damals behauptete die Atom-Lobby, Atomkraftwerke seien sicher, ein fataler Fehler. Ein Atomunfall hätte katastrophale Folgen: verstrahlte Landstriche und Familien, die nie zurückkehren können. In der dicht besiedelten Schweiz wären ganze Regionen für Generationen unbewohnbar.
Während die erneuerbaren Energien stetig günstiger werden, explodieren die Kosten für Atomenergie: Ein neuer Reaktor kostet bis zu 43 Milliarden Franken und alle Beispiele aus Europa zeigen, dass neue AKW immer noch teurer werden als anfangs geplant. Die Rechnung dafür bezahlen wir über höhere Steuern und Strompreise. Ein neues Atomkraftwerk kostet 10’500 Franken pro Haushalt, die am Ende im Portemonnaie fehlen.
Und es macht uns abhängig: Ein AKW läuft nicht mit Sonne, Wind oder Wasser, sondern mit radioaktivem Uran aus dem Ausland – meist aus Russland und Kasachstan. Wer neue AKW baut, überlässt unsere Stromversorgung einem Land, das gerade Krieg führt in Europa.
Neue Atomkraftwerke sind teuer, unnötig und gefährlich.
Daher sagen wir klar NEIN am 28. Februar.



von Stefan Müller-Altermatt,
Nationalrat Die Mitte, Solothurn

Tschernobyl, Fukushima, Gösgen?

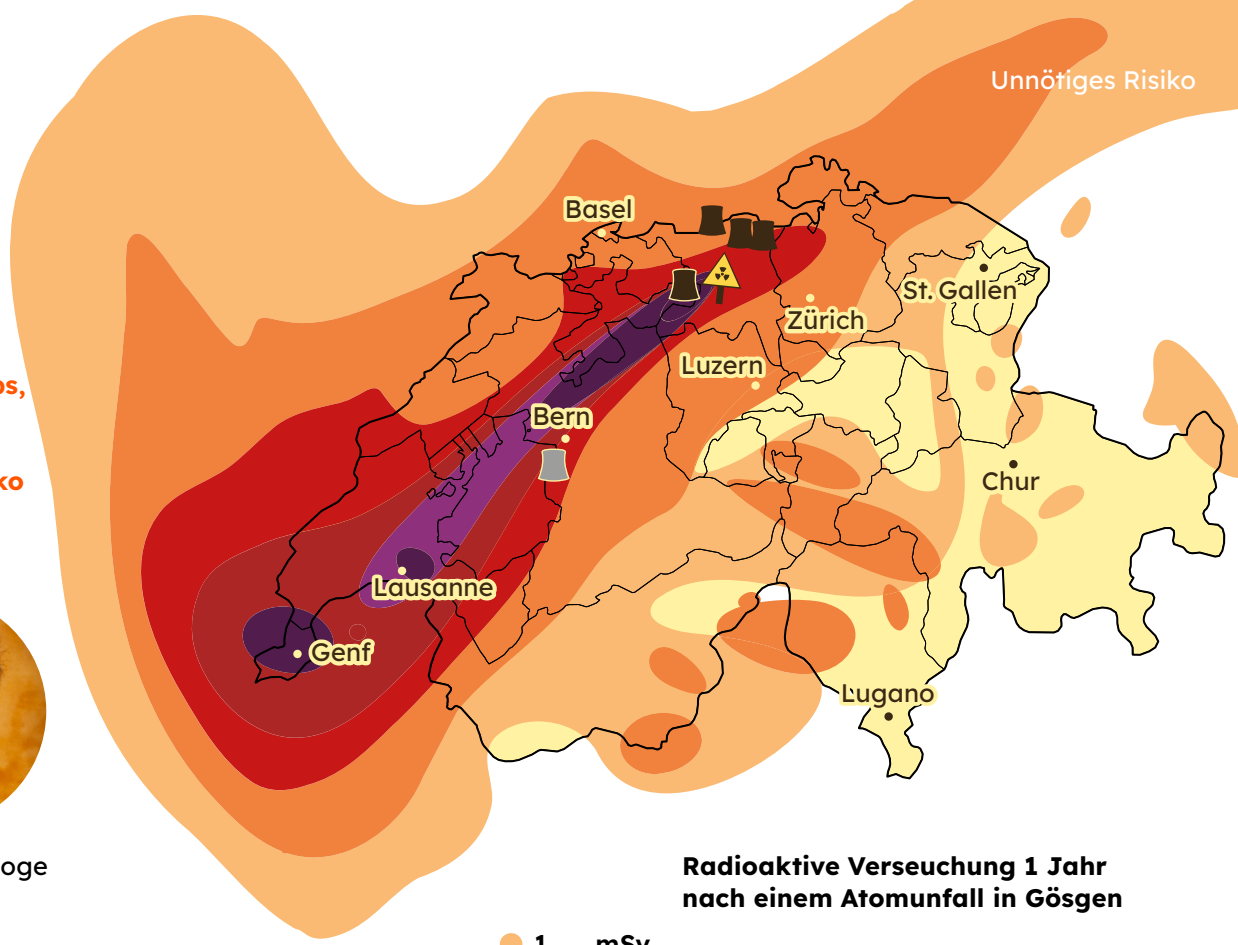
Tschernobyl und Fukushima sind Warnung genug: Verstrahlte Landstriche und Zehntausende Familien, die nie nach Hause zurückkehren können. Bis heute sind die Gebiete mit krebserzeugenden Stoffen kontaminiert und die Aufräumarbeiten laufen auch Jahrzehnte später. Noch immer sterben Menschen an den Folgen.
Wenn die Schweiz neue Atomkraftwerke baut, steigt das Risiko für Atomunfälle. In einem so dicht besiedelten Land wie der Schweiz hätte ein Reaktorunfall katastrophale Folgen: Millionen Menschen müssten evakuiert werden und ganze Regionen wären für Generationen unbewohnbar. Es wäre unverantwortlich, ein solches unnötiges Risiko einzugehen.

«Auch Radioaktivität aus neuen AKW wird Todesfälle durch Krebs, Herzinfarkte, Hirnschläge und Störungen der Fortpflanzung verursachen. Ferner ist das Risiko eines nuklearen Unfalles in der Schweiz untragbar hoch.»



Claudio Knüsli, Onkologe

Ein unkontrollierbares Risiko
Atomkraftwerke sind immer mit einem Risiko verbunden, denn um Strom zu produzieren, wird mit Hilfe der Kernspaltung Energie freigesetzt. Gerät dieser Prozess ausser Kontrolle, zum Beispiel, weil die Kühlung ausfällt, kommt es zu einer Kernschmelze und der Freisetzung radioaktiver Stoffe.
Obschon die japanischen Atomkraftwerke zu dieser Zeit zu den sichersten der Welt zählten, kam es 2011, 25 Jahre nach der Katastrophe in Tschernobyl, zum Super-GAU in Fukushima.



Radioaktive Verseuchung 1 Jahr nach einem Atomunfall in Gösgen

1 mSv 6 mSv	maximale Dosis für Jugendliche
20 mSv 50 mSv	Schutzmassnahmen für alle Bewohner
100 mSv 500 mSv	langfristig unbewohnbar

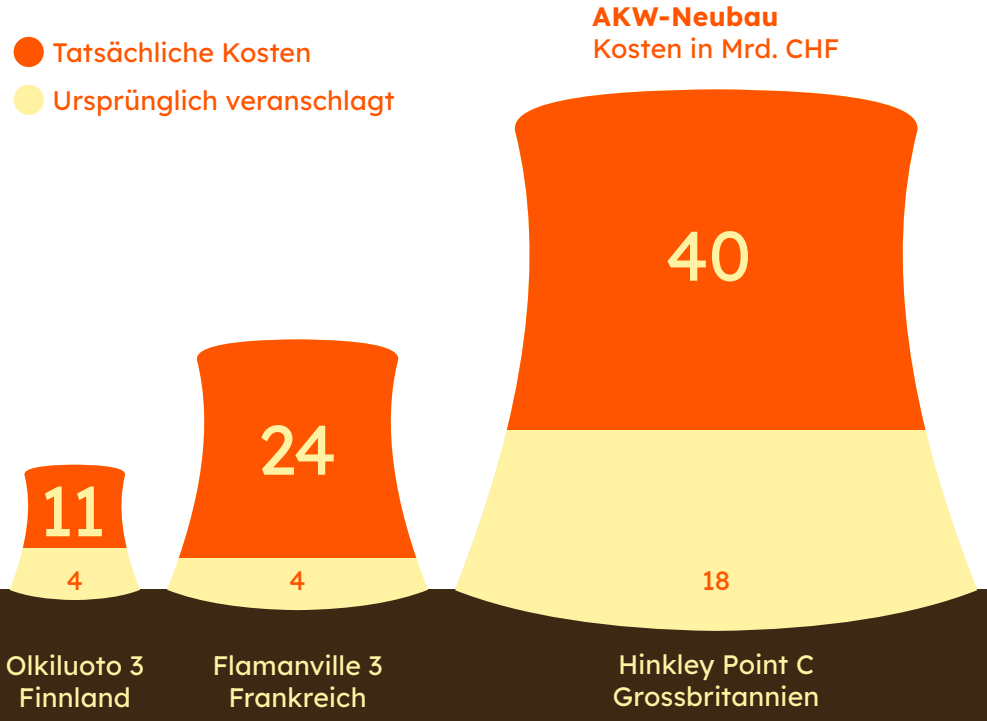
Quelle: Institut Biosphère, Genf

Sichere AKW sind ein Mythos der AKW-Lobby
Seit Jahrzehnten verspricht die Atomlobby neue AKW-Typen, die sicher sein sollen. So zum Beispiel Small Modular Reactors, Flüssigsalzreaktoren, Hochtemperaturreaktoren oder Thorium-Konzepte. Doch diese Technologien existieren bisher nur auf dem Papier und ob sie jemals Marktreife erlangen werden, steht in den Sternen.
Sicher ist darum einzig, dass für einen Neubau in der Schweiz nur konventionelle Reaktoren in Frage kommen. Das bestätigen auch Stromkonzerne und Bundesrat. Klar ist damit: Das Restrisiko bleibt.

Ein neues AKW kostet bis zu 43 Milliarden

Ein neues AKW würde in der Schweiz bis zu 43 Milliarden Franken kosten, wie eine aktuelle Studie der Schweizer Akademien der Wissenschaften zeigt. Das sind 10’500 Franken pro Haushalt, welche die Bevölkerung und das Gewerbe finanziell noch stärker unter Druck setzen, lange bevor ein neues AKW überhaupt ans Netz gehen würde.

Der Blick auf die jüngsten AKW-Neubauprojekte zeigt zudem, dass solche in den vergangenen Jahren immer teurer geworden sind und sich der Bau oft um Jahre verzögert.



Höhere Steuern und Strompreise: Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten

Die Rechnung in Milliardenhöhe bezahlt aber nicht die Atomindustrie: Die Stromkonzerne wollen das Risiko nicht tragen und verlangen öffentliche Gelder oder Staatsgarantien. Ganz nach dem Prinzip: Die Gewinne bleiben bei den Stromkonzernen, für Verluste müssen die Steuerzahlenden blechen.
Der Bundesrat hat bereits angekündigt, dass die Bevölkerung die Rechnung für neue AKW bezahlen soll. Wie genau, will der Bundesrat nicht sagen. Das ist ein Skandal, denn die weltweiten Erfahrungen zeigen klar: Wird irgendwo ein neues AKW gebaut, werden die Kosten auf Steuern und Strompreise abgewälzt.

Die Stromkonzerne gewinnen, die Steuerzahlenden verlieren
Private Investoren und Banken wollen die finanziellen Risiken eines AKW-Neubaus nicht tragen. Sie steigen darum nur dann ein, wenn der Staat einspringt, beispielsweise mit Bürgschaften, garantierten Strompreisen oder gleich als Eigentümer.
In Grossbritannien garantiert der Staat dem Betreiber von Hinkley Point C über Jahrzehnte einen überteuerten Strompreis, in Frankreich trägt er als Eigentümer von EDF die Mehrkosten von Flamanville.
Explodierende Baukosten, jahrelange teure Verzögerungen, nicht konkurrenzfähige Strompreise: Die Rechnung für neue AKW wird immer länger. Die Kosten dafür werden direkt auf die Stromkunden oder die Steuerzahlenden überwälzt.

«Der Bau eines neuen Atomkraftwerkes würde Milliarden kosten. Dieses finanzielle Risiko tragen am Ende wir alle – über die Strom- oder die Steuerrechnung. Setzen wir stattdessen auf die bewährten einheimischen erneuerbaren Energien.»



Nadine Masshardt, Nationalrätin SP (BE) und Präsidentin der Schweizerischen Energiestiftung

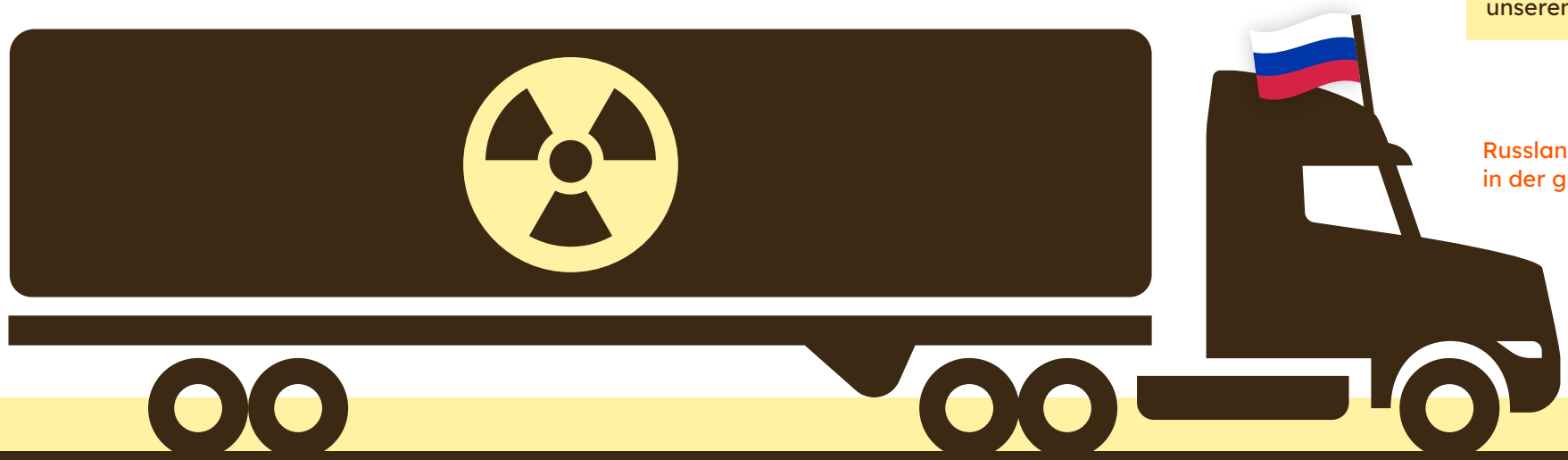
Neue AKW machen uns abhängig vom Ausland – ausgerechnet von Russland

Atomkraftwerke brauchen radioaktives Uran. Die Schweiz importiert den Brennstoff zu grossen Teilen aus Russland und Kasachstan. Baut die Schweiz ein neues AKW, bleibt sie für Jahrzehnte abhängig von Uranimporten aus autokratischen Regimen.

Doch nicht nur bei der Beschaffung des Urans, sondern auch bei der Nukleartechnologie bestehen grosse Abhängigkeiten. Wer ein AKW bauen will, ist auf einige wenige Lieferanten angewiesen. Dazu gehören Frankreich und die USA, doch der weltweit grösste Anbieter ist der russische Staatskonzern Rosatom, der auch das russische Atomwaffenprogramm betreibt (siehe Infobox).
Diese Abhängigkeiten sind gefährlich: Sie binden die Schweiz für Jahrzehnte an autokratische Staaten wie Russland, das Uran-Lieferungen jederzeit als geopolitisches Druckmittel nutzen kann.

Putins nuklearer Machtapparat: Das Atom-Imperium «Rosatom»
Der russische Energiegigant Rosatom ist kein gewöhnliches Unternehmen, sondern ein Staatskonzern, der direkt der russischen Regierung untersteht. Das Unternehmen verantwortet das russische Nuklear-geschäft. Dazu gehört sowohl das zivile als auch das militärische Atomprogramm Russlands, inklusive des grössten Atomwaffenarsenals der Welt.
Doch auch bei der Atomenergie führt kaum ein Weg an Rosatom vorbei: Bei der Urananreicherung ist der russische Staatskonzern die weltweite Nummer eins, und rund 70 Prozent aller Neubauaufträge für Atomkraftwerke laufen über den Konzern.
Selbst die EU muss aus diesem Grund trotz ihrer Sanktionen widerwillig im Bereich Atomenergie mit Russland zusammenarbeiten.
Auch die Schweiz steckt mittendrin. Bis 2024 bezog das AKW Beznau seinen Brennstoff zu 100 Prozent aus Russland, das AKW Leibstadt zu 50 Prozent. Von 2022 bis 2024, während russische Bomben auf die Ukraine fielen, flossen jährlich rund 50 Millionen Franken von der Axpo an Rosatom, bezahlt mit unseren Stromrechnungen.





Russland bleibt ein zentraler Player in der globalen Uranversorgung

Kosten für das geplante Tiefenlager:



Keinen Platz für noch mehr Abfall

Zwar plant die Schweiz ein Tiefenlager in Nördlich Lägern – nach jahrzehntelanger Suche nach einem passenden Standort und einem noch nicht abgeschlossenen Bewilligungsverfahren. Auch hier sind die Kosten horrend: Mindestens 20 Milliarden werden wir mit unseren Stromrechnungen am Ende für das Tiefenlager bezahlen. Ob es dereinst seine Versprechungen halten kann, wird sich zeigen.
Sicher ist hingegen: Das geplante Lager ist für die Abfälle der bestehenden AKW ausgelegt – nicht für zusätzlichen Müll aus neuen Reaktoren. Wie die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) bestätigt, müsste für neue Atomkraftwerke ein zweites Tiefenlager geplant und gebaut werden.
Dies würde bedeuten: Die jahrzehntelange Suche nach einem geeigneten Standort, politischer Widerstand der lokalen Bevölkerung und Milliardenkosten mit zahlreichen Unbekannten. **Bauen wir neue Atomkraftwerke, lassen wir die kommenden Generationen auf haufenweise radioaktivem Müll sitzen, der noch lange höchst gefährlich bleibt und für den es bis heute keine bewährte Lösung gibt.**

«Neue AKW bedeuten noch mehr Atommüll. Dabei haben wir bis heute keine endgültige Lösung für die bestehenden Abfälle. Damit vergrössern wir das Problem unnötigerweise, obwohl mit den Erneuerbaren inzwischen längst saubere Alternativen existieren.»

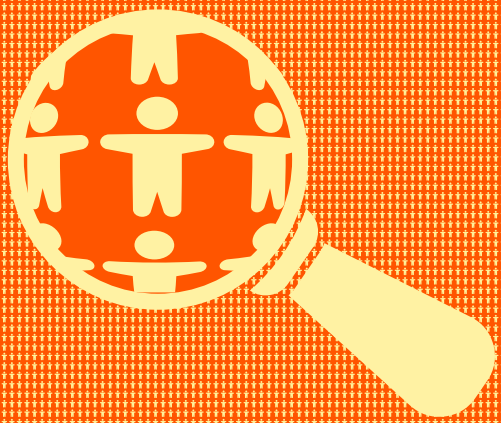


Marionna Schlatter, Nationalrätin Grüne, Präsidentin Trinationaler Atomschutzverband

Keine Lösung für Atommüll in Sicht

Der radioaktive Abfall von Atomkraftwerken ist hochgefährlich: Schon geringe Mengen können tödlich sein oder zu Krebs führen. Und er bleibt gefährlich, nicht bloss über Jahre, auch nicht Jahrhunderte, sondern bis zu einer Million Jahre. Das sind rund dreissigtausend Generationen.

Ein Endlager müsste die toxischen Stoffe aus unseren Atomkraftwerken also über diese ganze Zeit sicher verschliessen und den Austritt von Radioaktivität verhindern. Eine funktionierende Lösung dafür gibt es bis heute nirgends auf der Welt. Trotzdem soll der Müllhaufen mit neuen Atomkraftwerken weiter wachsen – ein gefährliches und unverantwortliches Erbe für alle Generationen, die nach uns kommen.



30’000 Generationen

müssen den hochradioaktiven Atommüll, der heute entsteht, sicher lagern – das entspricht einer Million Jahren.

Die Erneuerbaren garantieren in Zukunft die günstige und einheimische Stromversorgung

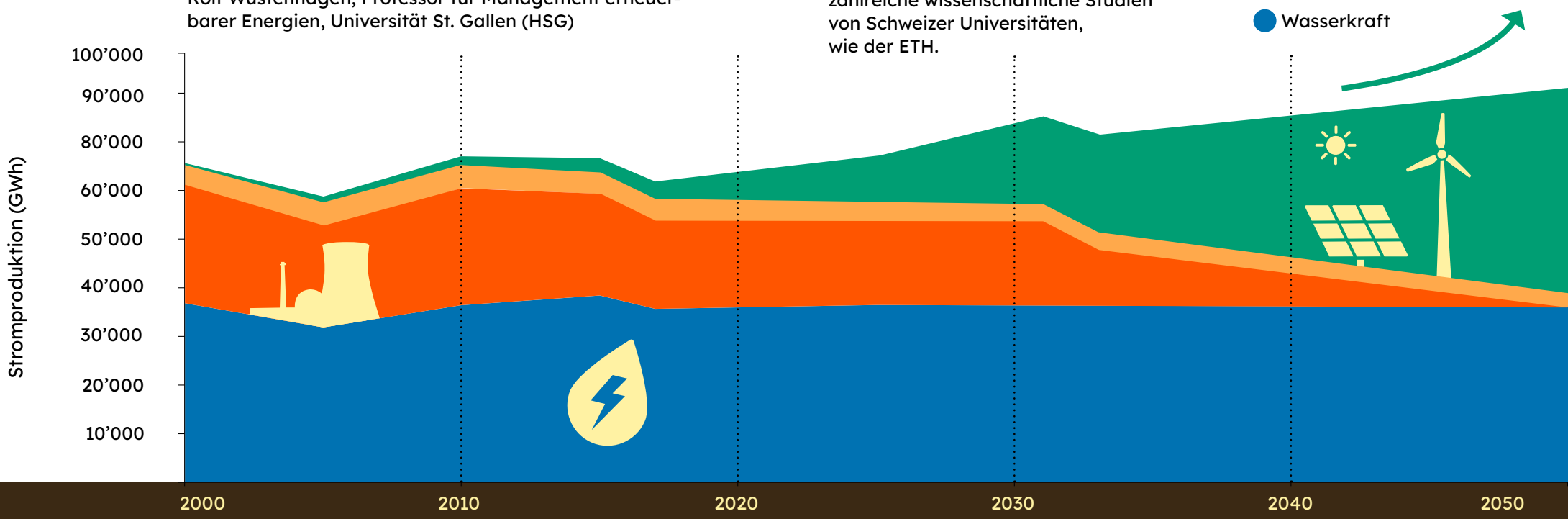


«Sonne, Wind und Wasser bilden das Rückgrat eines wettbewerbsfähigen Stromsystems. Durch die Fokussierung auf einheimische erneuerbare Energien stärken wir unsere Unabhängigkeit und vermeiden die unkalkulierbaren finanziellen Risiken neuer Grosskraftwerke.»

Rolf Wüstenhagen, Professor für Management erneuerbarer Energien, Universität St. Gallen (HSG)

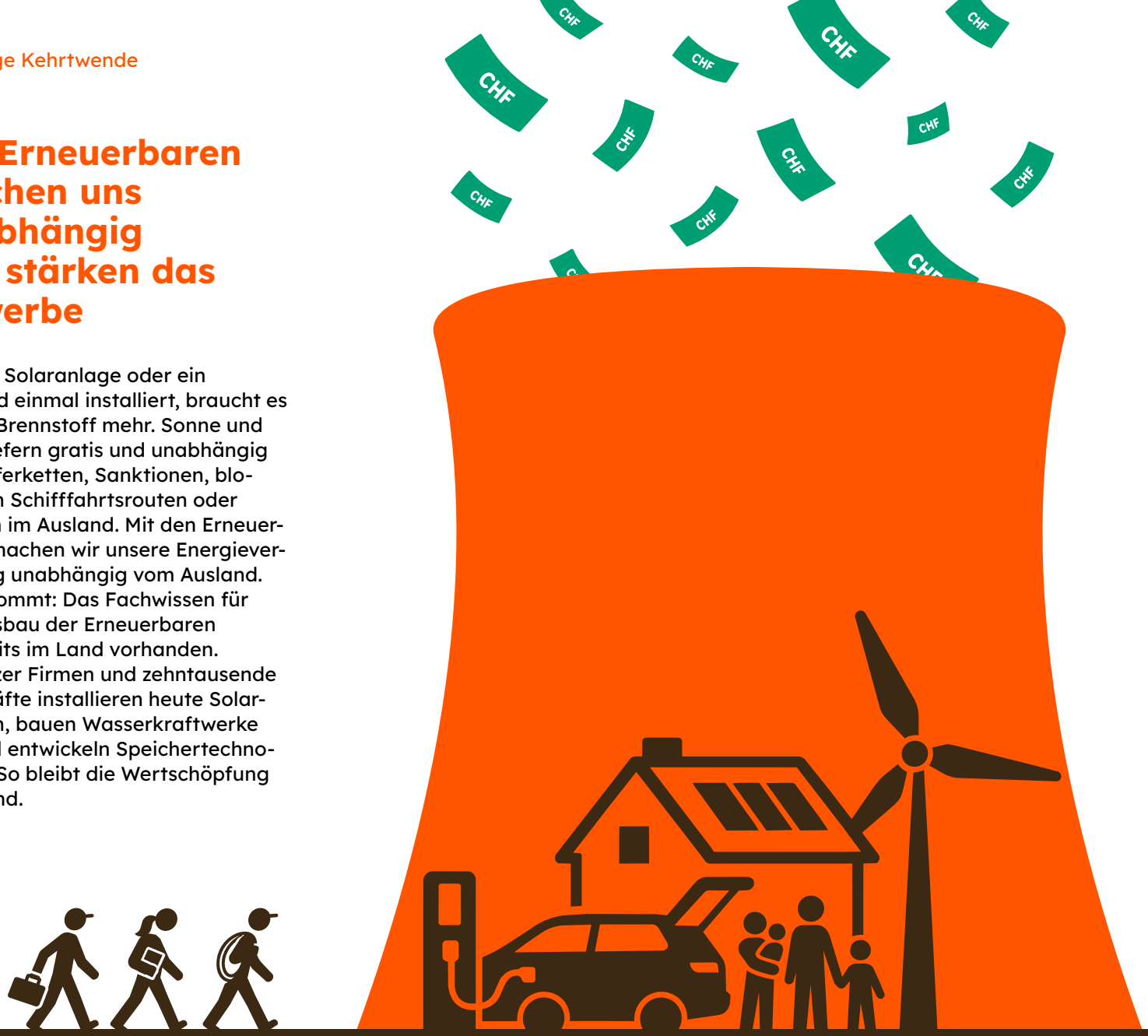
Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein Erfolg: Der Zubau von Solar-, Wind- und Wasserkraft geht schneller voran als ursprünglich gedacht. Auch in der kalten Jahreszeit: Schon heute liefern Sonne, Wind und Biomasse zusammen so viel zuverlässigen Winterstrom wie das AKW Gösgen.
Auch wenn der Strombedarf in Zukunft ansteigt, können wir diesen alleine mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien decken. Das zeigen sowohl die Berichte der Elektrizitätskommission des Bundes als auch zahlreiche wissenschaftliche Studien von Schweizer Universitäten, wie der ETH.

Die wichtigsten Treiber des Erneuerbaren-Ausbaus, die Parlament und Stimmbevölkerung beschlossen haben, entfalten erst jetzt ihre Wirkung: Stromgesetz, Solarexpress, Windexpress und Beschleunigungserlass sind erst kürzlich in Kraft getreten und sorgen dafür, dass künftig noch mehr Erneuerbaren-Projekte umgesetzt werden.



Die Erneuerbaren machen uns unabhängig und stärken das Gewerbe

Ist eine Solaranlage oder ein Windrad einmal installiert, braucht es keinen Brennstoff mehr. Sonne und Wind liefern gratis und unabhängig von Lieferketten, Sanktionen, blockierten Schifffahrtsrouten oder Kriegen im Ausland. Mit den Erneuerbaren machen wir unsere Energieversorgung unabhängig vom Ausland.
Hinzu kommt: Das Fachwissen für den Ausbau der Erneuerbaren ist bereits im Land vorhanden. Schweizer Firmen und zehntausende Fachkräfte installieren heute Solaranlagen, bauen Wasserkraftwerke aus und entwickeln Speichertechnologien. So bleibt die Wertschöpfung im Inland.



Der Plan der AKW-Lobby: Erst den Neubau erlauben, dann folgt die Rechnung

Statt für eine günstige und nachhaltige Stromversorgung zu sorgen, verfolgt die Atom-Lobby einen perfiden Plan: Zuerst soll das Neubauverbot für Atomkraftwerke fallen, dann folgt die Milliardenrechnung. Am Ende zahlt die Allgemeinheit für Projekte, die sich wirtschaftlich nie rechnen.
Mit dem Geld, für das die Schweiz ein AKW bauen kann, könnten wir jedes geeignete Wohngebäude in der Schweiz mit einer Solaranlage und einer Batterie ausrüsten. Statt in teure neue Atomkraftwerke, investieren wir besser in günstige und einheimische Erneuerbare.

Versorgungssicherheit



Wird das Atom-Gesetz angenommen, treffen die Konsequenzen die ganze Schweiz. Der Schaden tritt aber nicht erst ein, wenn ein neues AKW gebaut ist, sondern schon am ersten Tag nach der Abstimmung.

Baut die Schweiz neue AKW, verliert das Klima, das lokale Gewerbe und die Versorgungssicherheit

AKW bremsen Erneuerbare: Die Versorgungssicherheit leidet sofort

Wer heute in eine Solaranlage oder ein Windrad investiert, muss wissen, was der Strom in zwanzig Jahren wert ist. Plant die Politik ein neues AKW, das mit Milliardensubventionen in Zukunft die Erneuerbaren auf dem Strommarkt konkurrenziert, werden viele Investitionen in Erneuerbare uninteressant. Projekte werden abgebrochen, der Erneuerbaren-Ausbau wird ausgebremst.
Dies mit gravierenden Folgen für die Versorgung: Eine Studie der Energiestiftung rechnet damit, dass bei einem AKW-Neubau in den 2030er-Jahren rund 3 Terawattstunden weniger Winterstrom mit Erneuerbaren produziert werden. Ausgerechnet die Vorlage, die angeblich für Versorgungssicherheit sorgen soll, schwächt sie.

Tausende Arbeitsplätze auf der Kippe: Unsicherheit für das lokale Gewerbe



Eine Studie der ZHAW zeigt, dass bis zu 16’000 Arbeitsplätze im lokalen Gewerbe und in der Solarbranche gefährdet sind, wenn der Ausbau der Erneuerbaren aufgrund neuer AKW ausgebremst wird. Das betrifft die Existenzen von Elektrikerinnen, Dachdecker und Installationsfirmen in der ganzen Schweiz.

16’000

Arbeitsplätze gefährdet

im Erneuerbaren-Sektor

im Gebäude-Sektor

Quelle: ZHAW-Studie 2026 «Technologieoffenheit und Arbeitsplätze»

«Die Wertschöpfung eines AKW-Neubaus würde zu einem grossen Teil an Grosskonzerne ins Ausland abfliessen, weil wir Technologie und Know-how importieren müssten. Hingegen sind es einheimische Betriebe, die Solaranlagen installieren und Gebäude sanieren – dieses Geld und diese Wertschöpfung bleibt in der Schweiz.»



Priska Wismer-Felder,
Nationalrätin Die Mitte (LU)

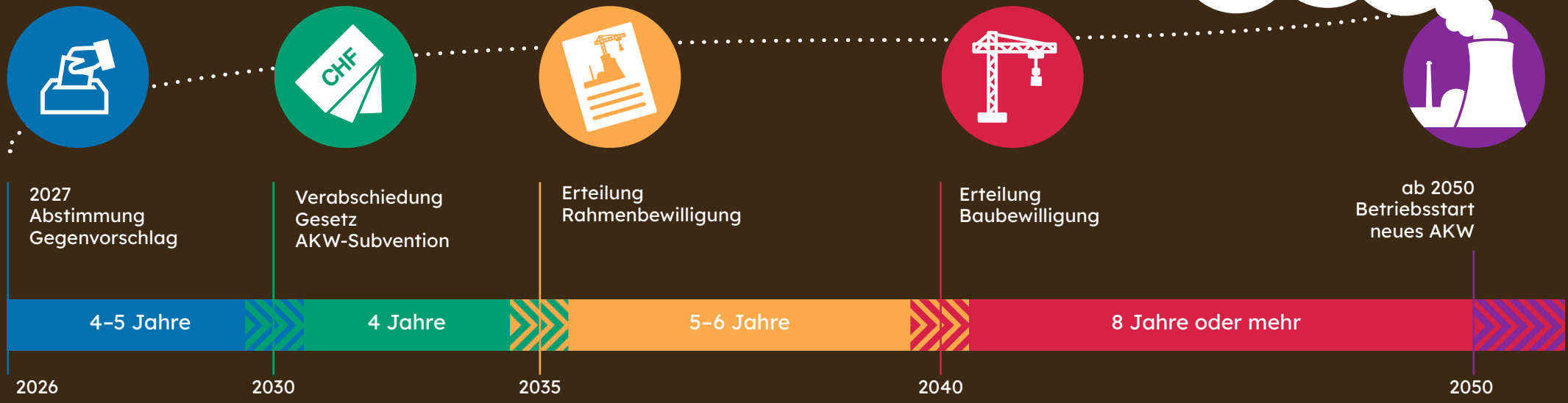
Neue Atomkraftwerke verzögern Klimaschutz

Mit dem Klimaschutzgesetz hat sich die Schweiz das Ziel gesetzt, das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Ein neues Atomkraftwerk würde erst danach ans Netz gehen und leistet somit keinen Beitrag zum Klimaschutz, denn die Massnahmen dafür müssen jetzt und in den nächsten Jahren getroffen werden.

Neue AKW schaden dem Klima: Einerseits sind sämtliche Prozessschritte von der Uranförderung über die Brennstoffherstellung bis zur Reaktorstilllegung und Atommüllentsorgung sehr aufwändig und verursachen Emissionen. Andererseits reibt sich die Atomlobby mit Blick auf die Fördermittel für den Klimaschutz schon heute die Hände. Ihr Ziel: Geld, das heute für das Klima und die Erneuerbaren eingesetzt wird, in neue AKW umleiten.

Dass es den AKW-Befürwortern nicht um den Klimaschutz geht, zeigt sich daran, dass es just jene sind, die sich heute für neue Atomkraftwerke einsetzen, die sich erst vor Kurzem bei anderen Abstimmungen gegen mehr Klimaschutz eingesetzt haben.

mindestens **25 Jahre**



Die Erneuerbaren können die Stromversorgung nicht alleine sichern.

Falsch. Wir haben kein Versorgungsproblem. Der Ausbau der Erneuerbaren ist auf Kurs. Schon heute liefern Sonne, Wind und Biomasse so viel Winterstrom wie das AKW Gösgen. Eine Stromversorgung mit Wasserkraft, Solarenergie, Windkraft und Biomasse ist sicher und vorteilhaft, das zeigen Untersuchungen sowohl des Bundes als auch zahlreicher Schweizer Universitäten, wie der ETH.

Bei einem Ja wird noch lange kein AKW gebaut, es geht um Technologieoffenheit.

Wer den Bau neuer Atomkraftwerke erlaubt, will auch ein neues bauen. Die AKW-Lobby behauptet zwar, es ginge ihr um Technologieoffenheit, in Realität verschleiert sie damit ihre Salami-Takitk: Zuerst den Bau ermöglichen, dann die hohle Hand machen für Milliardensubventionen auf Kosten der Erneuerbaren und der Steuerzahlenden.

Der Ausbau der Erneuerbaren geht zu langsam voran.

Die AKW-Befürworter werden nicht müde, die Erfolge bei den Erneuerbaren schlechtzureden. Das ändert nichts an der Tatsache, dass der Ausbau der Erneuerbaren auf gutem Weg ist: Die Erneuerbaren produzieren bereits heute so viel Strom im Winter wie das AKW Gösgen und alleine die Solarproduktion wird mit dem weiteren Zubau im Jahr 2030 die Winterstromproduktion von Beznau ersetzt haben.

Ohne neue Atomkraftwerke droht ein Blackout.

Die Blackout-Szenarien sind Angstmacherei der Atomlobby, die sich damit Milliardensubventionen für neue Atomkraftwerke sichern will. Die Stromversorgung der Schweiz ist sicher. Damit das so bleibt, hat das Stimmvolk beschlossen, die Erneuerbaren auszubauen.
Die Elektrizitätskommission des Bundes (ElCom) empfiehlt zusätzlich gute Absprachen mit unseren europäischen Nachbarn und Reservekraftwerke. Ein neues Atomkraftwerk, das frühestens 2050 Strom produziert, kostet nur und nützt für die Versorgung nichts.

In Zukunft brauchen wir wegen KI-Rechenzentren viel mehr Strom.

Die Atomlobby und die Stromkonzerne warnen gebetsmühlenartig seit Jahrzehnten vor einer Stromlücke. Entgegen ihren Vorhersagen ist der Stromverbrauch in der Schweiz seit 20 Jahren stabil – trotz Digitalisierung, Elektrifizierung und bereits über 100 Rechenzentren im Betrieb.

Die Forschung in der Atomtechnologie darf nicht gebremst werden.

Auch mit dem Atomausstieg, den die Bevölkerung 2017 beschlossen hat, kann in der Schweiz an der Kernenergie geforscht werden. Und es wird auch getan: Zum Beispiel forscht das PSI an neuen Reaktortypen. Das aktuelle Neubauverbot betrifft nicht die Forschung, sondern stellt sicher, dass keine neuen AKW mit ihren grossen Risiken gebaut werden.

Die neuen AKW-Generationen sind viel sicherer.

Sichere Atomkraftwerke sind ein Mythos. Vor Fukushima galten japanische AKW als die sichersten der Welt, der Reaktorunfall von 2011 hat uns eines Besseren belehrt. Es wird an alternativen Reaktorkonzepten geforscht. Ob sie jemals Marktreife erlangen, steht in den Sternen. Sowohl die Forschung, die Axpo, als auch Bundesrat Rösti sagen, dass wir konventionelle Reaktoren bauen würden. Die vollmundigen Versprechen von ein paar Startups sind keine verlässliche Grundlage für unsere heutige Energiepolitik.

Die Atomenergie wächst weltweit, die Schweiz muss da mitmachen.

Das Gegenteil ist der Fall: 2025 haben weltweit erstmals sowohl Wind- als auch Solarenergie gleich viel Strom produziert wie die Atomkraft. Während die Atomkraft weltweit seit Jahrzehnten auf demselben Niveau verharrt, hat sich die Windkraft in den letzten 10 Jahren fast vervierfacht, die Solarenergie gar verzehnfacht. Atomenergie ist eine Energieform aus dem letzten Jahrhundert und viel zu komplex und zu teuer.

NEIN zu neuen AKW

Bündnis «Nein zu neuen AKW»
Sihlquai 67
8005 Zürich
Weitere Infos zur Kampagne:
www.neue-akw-nein.ch